

A. LEITUNG VON FREIZEITEINRICHTUNGEN: FREIZEITADMINISTRATION

I. Ein neues Thema für Politiker und Pädagogen? (Einleitung)

1. Ist eine Freizeitadministration überhaupt notwendig?

Die Notwendigkeit einer "Freizeitadministration" insbesondere im kommunalen Bereich, zunehmend aber auch im Bereich der Länder und des Bundes als Teil einer umfassenden Freizeitpolitik wird seit Beginn der 70er Jahre auch in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend erkannt. Die Freizeitpolitik reagiert auf den Zuwachs an Freizeit und Freizeitbedürfnissen bei den Bürgern. Dieser Zuwachs wurde wie in anderen hochindustrialisierten Ländern so auch in der Bundesrepublik Deutschland nach Beendigung der Wiederaufbauphase in den 60er Jahren erkennbar aufgrund von Produktionsentwicklung und Tarifpolitik insbesondere der Gewerkschaften.

So hat bereits 1973 der Deutsche Städte- und Gemeindebund in seinen "Hinweisen zur freizeittgerechten Stadt" festgestellt: "Die Mitverantwortung der Gemeinden für das Wohlbefinden des einzelnen wächst in dem Maße, in dem Freizeit wächst." Als Aufgabe einer "kommunalen Freizeitpolitik" wurde festgestellt: Sie

- stellt Freizeiteinrichtungen zur Verfügung
- wirkt mit bei der Befähigung zu aktivem Freizeitverhalten
- wirbt für Freizeitverhalten."

Als Konsequenz ergibt sich die Notwendigkeit einer kommunalen Freizeitadministration: "Um den Benutzer kommunaler Freizeiteinrichtungen die Chance der Wahl und die Vielfalt der Aktivitäten zu ermöglichen, müssen die Kommunen in ihrer Organisation Vorsorge für eine frühzeitige Einbeziehung der Freizeitpolitik in die vielfältigen Fachprobleme treffen."

Seit der Regierungserklärung von 1973 hat auch die Bundesregierung Freizeitpolitik und Freizeitadministration als eine neue "Querschnittsaufgabe" erkannt und Maßnahmen zu ihrer Lösung eingeleitet (z.B. Antwort der Bundesregierung betreffend "Freizeitpolitik" vom 2.4.1974). Das Land Nordrhein-Westfalen hat seit 1980 beim Minister für Landes- und Stadtentwicklung ein für die Freizeitpolitik zuständiges Referat geschaffen. Die Parteien haben sich der Entwicklung der Freizeitpolitik angenommen, so die SPD in Nordrhein-Westfalen mit ihren "Thesen zur Freizeitpolitik" von 1980: "Nicht Verplanung der Freizeit ist das Ziel, sondern das Entwickeln und Ausbauen von möglichst vielfältigen Angeboten". Seit 1978 besteht beim Landesvorstand der SPD in Nordrhein-Westfalen eine beratende Kommission zur Freizeitpolitik. Die anderen Parteien haben sich ähnliche Beratergremien geschaffen.

2. Freizeitadministration, Freizeitpolitik, Freizeitpädagogik

Der Begriff "Freizeitadministration" wurde implizit auch bereits mitdiskutiert in den Bemühungen seit Mitte der 70er Jahre, den Begriff einer "Freizeitpolitik" klarer zu fassen, so auf dem Freizeitkongreß 1974 der Deutschen Gesellschaft für Freizeit (DGF) unter dem Titel "Freizeitpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden" (Düssel-

dorf 1975), auf dem Expertengespräch 1975 zum Thema "Freizeitpolitik in Europa" (Düsseldorf 1976), in den Untersuchungen zur "Freizeitpolitik" von Lenz-Romeiß (1975), Kohl (1976) und Maase (1976), jüngst auch von Pöggeler (1981). So hieß es bereits 1974 in den "Freizeitpolitischen Grundsätzen und Forderungen der DGF": Es "ist ... die einhellige Auffassung der in der DGF kooperierenden Verbände, daß ... die das Gemeinwesen tragenden Instanzen den ... administrativen Aspekten der Freizeit erhöhte Beachtung schenken müssen" (DGF 1975, S. II, s. auch unter Abschnitt E II). Erfolgreiche Freizeitpädagogik ist an eine gute Freizeitadministration gebunden. In einer "verwalteten" Gesellschaft wird pädagogisches Handeln ohnehin zunehmend administrativ mitbestimmt. Der Demokratieanspruch ist ohne Weiterentwicklung der Auffassung von Administration nicht durchsetzbar. Besonders im Freizeitbereich überschneiden und durchdringen sich pädagogisches und administratives (wie politisches) Handeln oft fast untrennbar. Gerade für den Freizeitbereich wird Demokratie "bürgerlich" und "bedürfnisgerecht" erwartet. Eine klare emanzipative Aufgabenbestimmung von Freizeitpädagogik setzt daher auch die Gewinnung eines deutlichen und demokratischen Begriffs von Freizeitadministration wie von Freizeitpolitik voraus.

3. US-Erfahrungen: Kooperation mit Joseph Bannon

Gezielt zum Gegenstand der Diskussion wurden Begriff und Aufgabe einer "Freizeitadministration" bisher in der Bundesrepublik Deutschland jedoch noch nicht. Anders dagegen in anderen hochindustrialisierten Ländern, insbesondere den USA und Schweden. Dort ist die Notwendigkeit einer Freizeitpolitik und Freizeitadministration bereits früher als in der Bundesrepublik Deutschland erkannt worden. In den USA haben die Kommunen bereits seit über 50 Jahren mit der Schaffung von administrativen Zuständigkeiten für den Freizeitbereich begonnen. Die Hochschulen haben die Aufgaben einer Freizeitverwaltung erforscht und zu einem Ausbildungsschwerpunkt entwickelt (Nahrstedt 1978; 1975). Die "Kommission Freizeitpädagogik" der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) ergriff deshalb für ihre Frühjahrstagung 1981 die Gelegenheit, die sich mit dem Aufenthalt von Prof. Joseph J. Bannon Ph.D. als Gastprofessor an der Universität Bielefeld für eine Diskussion der Bedeutung von "Freizeitadministration" in einem internationalen Rahmen ergab. Joseph J. Bannon gilt als einer der führenden Freizeitwissenschaftler in den USA. Freizeitadministration (Leisure Administration) gehört zu seinen Forschungsschwerpunkten. Joseph Bannon ist an der University of Illinois at Urbana-Champaign "Head" des "Departments of Leisure Studies", dem ein "Leisure Behavior Research Laboratory" (Freizeitforschungsinstitut) sowie ein "Office of Recreation and Park Resources" (Praxisberatungsstelle für Freizeiteinrichtungen) angeschlossen ist. Joseph Bannon war Präsident der "National Recreation and Park Association" (NRPA), einer der beiden führenden Gesellschaften der Freizeitfachleute in den USA mit rund 16 000 Mitgliedern, sowie Präsident der "Society of Park and Recreation Educators" (SPRE), dem Zusammenschluß der Lehrenden auf dem Gebiet der Freizeitwissenschaft. Zu seinen wichtigsten Publikationen ge-

hören: Guidelines für Recreation and Park Systems, Urbana 1970 (with E.H. Story); Problem Solving in Recreation and Parks, New Jersey 1972; Outreach. Extending Community Service in Urban Areas, Springfield 1973 (Ed.); Leisure Ressources: Its Comprehensive Planning, New Jersey 1976. Im SS 81 bot Joseph Bannon an der Universität Bielefeld folgende Veranstaltungen an: "The Administration of Leisure Services" und "Programm Planning in Leisure Services". Während seines Aufenthaltes an der Universität Bielefeld wirkte Prof. Bannon außerdem an folgenden Forschungsprojekten mit: "Methods of the Delivery of Leisure Services in West-Germany and in Illinois (USA) - A Comparative Study" (s. Abschnitt D) - "Qualifications/Competencies of Leisure Experts" - "Curricula for Training Leisure Experts". Durch die Zusammenarbeit mit Joseph Bannon bot sich die Möglichkeit, Internationale Standards und Erfahrungen aus anderen Ländern für die Begriffs- und Aufgabenbestimmung der Freizeitadministration für bundesdeutsche Verhältnisse einzubeziehen. In diesem Heft werden 3 Beiträge von Joseph J. Bannon ins Deutsche übersetzt abgedruckt. Sie mögen einen Eindruck vermitteln von einem offensichtlich dominierenden Ansatz in den USA, das Thema Freizeitadministration theoretisch zu behandeln. Mit den in diesen Beiträgen z.T. erkennbaren behavioristisch-technokratischen Prämissen haben sich die europäischen Gesprächspartner des Internationalen Workshops (s.u.) außerordentlich heftig und kritisch auseinandergesetzt (s. B IV). So mögen die Beiträge von Joseph J. Bannon dazu dienen, durch die Vermittlung einer amerikanischen Position zugleich eine kritische europäische Diskussion zur Freizeit-Administration hervorzurufen. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit dieser amerikanischen Position wurden die Originalfassungen der übersetzten Beiträge mit anderen Aufsätzen von Joseph J. Bannon in einem Reader zusammengefaßt:

Joseph J. Bannon: Leisure Administration. Drafts. 12 amerikanische Titel, deutsches Vor- und Nachwort. Copied as manuscript. Bielefeld 1982. ca. 200 Seiten. Selbstkostenpreis: DM 10,--

Dieser Reader kann über die Redaktion bezogen werden.

4. Internationaler Workshop

Um sowohl die internationalen, nationalen wie lokalen Bezüge des Themas vor möglichst breitem Erfahrungs- wie Interessenhintergrund entwickeln und die bisher vorliegenden praktischen Erfahrungen wie wissenschaftlichen Ergebnisse nach beiden Seiten austauschen zu können, wurde außerdem die Kooperation mit internationalen, nationalen, wie lokalen Fachverbänden und Trägern von Freizeitmaßnahmen u.a. über die gemeinsame Durchführung eines Workshops zur Freizeitadministration angestrebt.

In der Formulierung der Themenstellung für diesen Workshop wurde versucht, internationalen Anspruch und Konkretisierung der Fragestellung zu verbinden.

Auf diese Weise kam das "Internationale Workshop" zustande, das vom 30. März bis zum 1. April 1981 in der Universität Bielefeld durchgeführt worden ist mit dem Titel: "Leitung von Freizeitrichtungen (Leisure Administration). Amerikanische Erfahrungsmodelle für die BRD?" In der Durchführung kooperierten schließlich die Kommission "Freizeitpädagogik" der DGfE, die Kulturpolitische Gesellschaft, die European Leisure and Recreation Association (ELRA),

die European Recreation Society (ERS), die Stadt Bielefeld und die AG 10 "Freizeitpädagogik und Kulturarbeit" der Fakultät für Pädagogik an der Universität Bielefeld.

An dem Workshop nahmen Freizeit-Fachleute aus den USA, aus einer Reihe von europäischen Ländern sowie aus Freizeit-, Kultur-, Sport-, Jugend, Freiflächen-, Sozialverwaltungen in Kommunen, Ländern und Bund teil (s. Abschnitt B IV). Dadurch konnte die mit "Freizeitadministration" angesprochene Thematik sowohl im internationalen Rahmen als aber auch lokal konkret diskutiert werden. Die nationalen wie lokalen Unterschiede wurden als wichtige Faktoren für eine Weiterentwicklung von Freizeitadministration genauer definiert. In FZP wurde bereits mehrfach von Vorbereitung und Durchführung des Workshops kurz berichtet (FZP 1/81 S. 51; 2/81 S. 83, 86; 3-4/81 S. 115). In diesem Heft sollen wichtige Beiträge und Ergebnisse als Grundlage für eine weiterführende Diskussion über Freizeitadministration sowie über ihren Zusammenhang mit Freizeitpolitik einerseits, Freizeitpädagogik andererseits zusammengestellt werden.

5. Begriff der Freizeitadministration

Für eine wissenschaftliche wie sicher auch politische Diskussion stellt die Gewinnung eines angemessenen Begriffs für den Gegenstandsbereich eine wichtige und grundlegende Aufgabe dar. Als ein erster vorläufiger Begriff von "Freizeitadministration" kann hier - gewissermaßen hypothetisch - formuliert werden:

"Freizeitadministration bezeichnet die Gesamtheit des Verwaltungshandelns, das auf die Förderung eines selbstbestimmten Freizeitverhaltens der Bürger gerichtet ist und Vorsorge, Durchführung, Instandhaltung und Verbesserung von Freizeitmaßnahmen beinhaltet. Freizeitadministration in diesem weiten Sinne findet statt im privaten Bereich z.B. der Familie, im Bereich von Bürgerinitiativen und freien Trägern (z.B. Vereinen, Kirchen) sowie in den Verwaltungseinrichtungen der Kommune (z.B. Dezernate, Ämter, Referate), der Länder und des Bundes (z.B. Ministerien). In einem engeren Sinn bezieht sich der Begriff nur auf die Freizeitadministration der öffentlichen Hand. Im weitesten Sinne gehört auch das Verwaltungshandeln in kommerziellen Freizeitunternehmen (Freizeitmanagement) in den Rahmen dieses Begriffs.

Die Gesamtheit des auf Freizeit bezogenen Verwaltungshandelns stellt so ein Zusammenspiel vieler Kräfte dar ("Multi-Aktoren-Modell"). Freizeitadministration vermittelt dabei auch zwischen Freizeitpolitik und Freizeitpädagogik. Eine theoretisch-wissenschaftliche Aufgabe wäre daher, die Art dieses Zusammenspiels und damit Struktur und Zielperspektiven von Freizeitadministration durchschaubar zu machen. Eine praktisch-politische Aufgabe muß darin bestehen, auf eine optimale Koordination der unterschiedlichen Initiativen von freizeitbezogenem Verwaltungshandeln z.B. im Bereich von Ämtern und Ministerien nach einem klaren integrativen freizeitpolitischen Konzept hinzuwirken.

Dieses Heft soll dazu dienen, für die Weiterentwicklung des skizzierten Begriffs der Freizeitadministration eine Grundlage zu schaffen.

Der anschließende Beitrag, der ebenfalls aus dem Internationalen Workshop hervorging, mag dienen, einen ersten Zugang zu Bedeutungsumfang und Problematik des Begriffs "Freizeitadministration" im Alltagsverständnis der bundesdeutschen Kommunalpolitik zu gewinnen' (W.N.).

II. Klaus Schwickert, Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Freizeitadministration als Aufgabe der Kommunalpolitik

- Grußwort zum Empfang für die Teilnehmer des Internationalen Workshops "Leitung von Freizeiteinrichtungen (Leisure Administration)" am 30.3.1981, 19.00 Uhr, Hoberger Landhaus, Bielefeld -

Meine Damen und Herren!

Ich bin durch Herrn Prof. Dr. Nahrstedt unterrichtet, daß der Internationale Workshop "Leitung von Freizeiteinrichtungen (Leisure Administration)" in unserer Bielefelder Universität etwa 50 Fachleute aus dem Bereich der sogenannten Freizeitadministration aus den USA sowie aus 6 europäischen Ländern für einige Tage hierher in die "Freundliche Stadt am Teutoburger Wald" geführt hat. Das habe ich zum Anlaß genommen, Sie heute abend in das Hoberger Landhaus zu einem Abendessen einzuladen. Damit möchte ich meiner Anerkennung Ausdruck geben für die Internationalen Aktivitäten unserer Universität. Der Abend dient vielleicht auch dem Kennenlernen. Ich bedanke mich, daß Sie meiner Einladung gefolgt sind und heiße Sie sehr herzlich in Bielefeld willkommen.

Ihre Bielefelder Tagung befaßt sich mit der Freizeit. Sie spielt in unserer Gesellschaft eine immer größer werdende Rolle. Zur Lebensqualität gehören viele Aspekte in einer Stadt, besonders jedoch die Möglichkeiten der sinnvollen Nutzung von Freizeit. Nun sollte Freizeit eigentlich die Zeit sein, wo man selbst bestimmen kann, was man macht. Und hier gibt es Angebote der Stadt. Freizeit und ihre Nutzung ist daher auch ein großer Teil der Kommunalpolitik.

Freizeit ist aber auch ein Objekt der Forschung geworden. In anderen Ländern - hier seien die USA und Schweden beispielsweise genannt - hat man bereits vor Jahrzehnten damit begonnen, für die Freizeitpolitik administrative Zuständigkeiten zu schaffen. Hochschulen haben Aufgaben einer Freizeitverwaltung erforscht und sogar zu einem Ausbildungsschwerpunkt entwickelt. Wir sind in diesem Punkt zurückhaltender gewesen. Das mag vielfältige Gründe haben. Sie als Wissenschaftler und Pädagogen werden sich möglicherweise in ihrem Bielefelder Internationalen Workshop im Erfahrungsaustausch über die unterschiedlichen Strukturen und Theorieansätze auch dazu Erkenntnisse verschaffen.

Eine Stadt lebt nicht nur von den Aktivitäten, die im Rathaus initiiert und entfaltet werden, sondern sehr wesentlich von den Aktivitäten der Bürger und der verschiedensten Bürgergruppen. Das gilt ganz besonders für den Freizeitbereich, bei dem Bürger und Kommunalpolitiker aufpassen sollten, daß er nicht in die Gefahr

gerät, von Technokraten oder Perfektionisten in den Griff genommen zu werden.

Sie werden meine Skepsis vielleicht verstehen, die durch das Wort Freizeitadministration entsteht. Administration bedeutet für mich - und alle englisch sprechenden Ländern verstehen das auch so - Verwaltung. Freizeit und Verwaltung - eine Kombination, die mir etwas ungeheuer vorkommt. Freizeit sollte möglichst etwas nicht Verwaltetes, etwas, wo sich Kreativität, ja, ich möchte sagen, etwas wie Lust entfaltet, sein.

Eines ist sicher bei uns anders als in anderen Ländern: Freizeit verbringt man hier vielfach in Vereinen. Ja, ein Verein kann zur Ersatzfamilie werden. Neben 155 Turn- und Sportvereinen und über 100 Musik- und Gesangvereinen werden Freizeitaktivitäten in ebenso vielen Kleintier-, Vogel- und Geflügelzuchtvereinen und zahlreichen weiteren Idealvereinen in verschiedenster kultureller Ausrichtung und Prägung angeboten.

Bisher wurde hier deshalb verständlicherweise unter Freizeitpolitik vor allem die Aufgabe gesehen, Angebote bereitzustellen, die geeignet sind, den Bedürfnissen der Bürger nach spontanem Handeln, Spiel, Selbstbestimmung und Nichtreglementierung im Freizeitbereich zu entsprechen. Daß Bielefeld hierzu einiges vorweisen kann, mögen folgende Fakten verdeutlichen, wobei die Stadt Bielefeld, in der eine Universität zu Hause ist, als das Oberzentrum des ostwestfälisch-lippischen Raumes gesehen werden muß: 1,5 Mio Menschen wohnen in diesem Raum. Neben 4 Museen sind hier insbesondere unsere Städtischen Bühnen mit 2 Theatern sowie das städtische Philharmonische Orchester zu nennen. Freizeit und Bildung liegen hier dicht beieinander. Über die Finanzierung will ich hier heute nichts sagen. Ein Bereich, der Bildung und Freizeit ideal kombiniert, ist unsere Stadtbibliothek mit 8 Stadtteilbibliotheken und der Fahrbibliothek.

Für Sport und Spiel stehen der Bürgerschaft darüber hinaus als Freizeitangebote zur Verfügung:

- 54 wettkampfgerechte Sportplätze, darunter das Fußballstadion "Alm" und das Leichtathletikstadion Rußheide;
- 1 Rennbahnstadion;
- 12 Freizeit-Sportanlagen;
- 41 Kleinspielfelder;
- 47 Schulsportanlagen mit Leichtathletikeinrichtungen;
- 8 Hallenbäder;
- 1 Tragluft-Hallenbad;
- 4 Schulschwimmbäder;
- 10 Freibäder,
- 1 Hallenbad der Universität sowie
- 2 Kunsteisbahnen.

Daneben bieten Sportvereine eine Vielzahl vereinseigener Sportstätten für Tennis, Reiten, Schießsport, Kegeln, Bowling, Kanu- und Motorsport an. Auch 316 städtische Kinderspielflächen, Abenteuerspielflächen und Bolzplätze verdienen Erwähnung.

Darüber hinaus bietet die günstige landschaftliche Lage Bielefelds zusätzliche Möglichkeiten, Freizeit sinnvoll zu nutzen. Der Teuto-

burger Wald zieht sich als breiter Grüngürtel mitten durch unsere Stadt - ein Angebot, Freizeit zu verbringen, wie es viele Städte nicht haben. Wer sich zu Fuß auf den Weg machen will, findet in unserer Stadt die Möglichkeit, 380 km Wanderwege unter die Wanderschuhe zu nehmen. Ich möchte Ihnen damit dargestellt haben, daß die Stadt Bielefeld einen gewissen Freizeitwert hat. Diesen Freizeitwert zu erhalten und weiter auszubauen, ist unsere Aufgabe als Kommunalpolitiker. Es fehlt uns jedoch eines: ein großer See. Wir bauen im Norden unserer Stadt die "Johannisbach-Talsperre". Dieser künstliche See soll eine große Tageserholungs- und Freizeitanlage werden.

Sicherlich wird die Zukunft an die Stadt Bielefeld weitere, erhöhte Anforderungen auch für den Freizeitbereich der Bürger stellen. Es ist deshalb wichtig, Erfahrungen und Erkenntnisse, die in anderen Ländern in den Bereichen der Freizeitpolitik, Freizeitpädagogik und Freizeitverwaltung bereits gewonnen wurden, zu berücksichtigen und einzubeziehen. Deshalb ist es zu begrüßen, daß die Kommission "Freizeitpädagogik" der "Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft", die Kulturpolitische Gesellschaft, Bonn, die European Leisure and Recreation Association, Zürich, die European Recreation Society, Heidelberg, und die Fakultät für Pädagogik unserer Universität Bielefeld sich zusammengetan haben, um mit diesem Bielefelder Internationalen Workshop dazu beizutragen, internationale Erfahrungen für die neue Aufgabe einer Freizeitpolitik und Freizeitadministration fruchtbar zu machen. Vielleicht hat auch die Stadt etwas davon! Ich wünsche Ihnen deshalb für Ihre wissenschaftliche Arbeitstagung von Herzen ein gutes Gelingen. Möge darüber hinaus dieser Abend ein wenig mit dazu beitragen, daß Sie Ihre Tagungsstadt Bielefeld in angenehmer Erinnerung behalten werden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche jetzt guten Appetit.

Literatur:

Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hg.): Hinweise zur freizeitrechten Stadt. Sonderdruck von Aufsätzen aus der Zeitschrift Städte- und Gemeindebund. Göttingen: Schwartz (1973) -, Deutsche Gesellschaft für Freizeit (Hg.): Freizeitpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden. Düsseldorf: Edition Freizeit 1975 -, Deutsche Gesellschaft für Freizeit u.a. (Hg.): Freizeitpolitik in Europa. Düsseldorf: Edition Freizeit 1976 -, Heribert Kohl: Freizeitpolitik. Frankfurt/M.: Europ. Verlagsanstalt 1976 -, Felizitas Lenz-Romeiß: Freizeitpolitik in der Bundesrepublik. Göttingen: Schwartz 1975 (Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel 67) -, Kaspar Maase: Arbeitszeit - Freizeit - Freizeitpolitik, Frankfurt/M.: IMSF 1976 -, Wolfgang Nahrstedt (Hg.): Freizeit in Schweden. Freizeitpolitik ... Düsseldorf: Rau 1975 -, Wolfgang Nahrstedt (Hg.): Freizeitdienste, Freizeitberufe und Freizeitwissenschaft in den USA. Düsseldorf: Edition Freizeit 1978 -, Franz Pöggeler: Freizeitpolitik. In: Die Heimstatt 1-2/81 S. 88 - 99.